



Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2023/06008**
Datum: 03.08.2023
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Eigendorf, Eric
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	30.08.2023 27.09.2023	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Vereinbarungen zur Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum

Um bezahlbaren Wohnraum in allen Stadtvierteln zu sichern und Menschen aller Einkommensgruppen das Wohnen in allen Stadtteilen zu ermöglichen, gilt es für Kommunen, alle verfügbaren Instrumente zu nutzen. Ein mögliches Mittel sind dabei Selbstverpflichtungen der kommunalen Wohnungsunternehmen oder Vereinbarungen mit Wohnungsgenossenschaften. Die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH hat sich beispielsweise im [Wohnungspolitischen Konzept](#) von 2018 zu einer solchen Selbstverpflichtung bereit erklärt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Inwiefern erfüllt die HWG ihre Selbstverpflichtung zur Gewährleistung einer Mindestquote an KdU-fähigen Wohnungen in Stadtteilen mit jeweils über 1.000 HWG-Wohnungen? Bitte jährlich seit 2017 und für jeden jeweiligen Stadtteil gesondert darstellen.
2. Inwiefern haben GWG und HWG ihre Wohnungsbestände in den Großwohnsiedlungen weiter aufgewertet, um die soziale Durchmischung der Quartiere voranzubringen?
3. Inwiefern gab es seit Beschluss des Wohnungspolitischen Konzeptes Bemühungen der Stadtverwaltung, mit den Wohnungsgenossenschaften freiwillige Kooperationsvereinbarungen zur langfristigen Sicherung bezahlbaren Wohnraums in der Inneren Stadt zu schließen? Wenn ja, was sind die Ergebnisse dieser Bemühungen? Was waren gegebenenfalls die Gründe für das Scheitern dieser Bemühungen?

gez. Eric Eigendorf
Vorsitzender
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)